VR-01 Gerechtigkeit statt Spardiktat: Für ein Land, das funktioniert (V-09, V-18, V-102 geeint)

Antragsteller*in: Lilli Hampeter u.a., Andreas Kleist u.a., Rasmus Andresen u.a.
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

Wenn Schuldächer bröckeln und Brücken zerbröseln, wenn es auf dem Land keine Ärzt*innen und in der Stadt nicht genügend Kita-Plätze gibt, dann gerät der gesellschaftliche Zusammenhalt aus den Fugen. Steigende Mieten, hohe Lebensmittelpreise und teurer ÖPNV belasten nicht die Handvoll der reichsten Deutschen, sondern die Millionen, die ohnehin schon jeden Cent umdrehen müssen. Wo nicht ausreichend investiert, wo das Land und seine Menschen kaputtgespart werden, da gedeiht der Rechtspopulismus.

Spardiktat in Krisenzeiten gefährdet Demokratie, Wirtschaft und Umwelt

Mit ihrem Spardiktat in Zeiten klammer Haushalte, magerer Binnennachfrage und Reallohnverlusten gefährden Kanzler Scholz, Finanzminister Lindner und Teile der CDU/CSU nicht nur die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes, Arbeitsplätze und den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern auch Klima- und Umweltschutz. Denn ohne die notwendigen Investitionen in klimaneutrale Infrastruktur und Wirtschaft und eine soziale Abfederung ist die Transformation in Gefahr.

Mit dem Deutschlandticket, der Mindestlohnerhöhung oder der Gaspreisbremse haben wir Grüne in den vergangenen Jahren dagegen gehalten und immer wieder konkrete Lebensverbesserungen für viele Menschen durchgesetzt. Gemessen an dem, was nötig wäre, reicht das aber nicht.

Wir brauchen eine politische Agenda für ein Land, das funktioniert und bezahlbar ist. Eine Agenda für gute öffentliche Infrastruktur, bezahlbarem Wohnen und für höhere Löhne.

Das Spardiktat führt auch dazu, dass die militärische und zivile Unterstützung der Ukraine gegen ein imperiales Russland, das Freiheit und Demokratie in ganz Europa im Fadenkreuz hat, ausgespielt wird gegen Investitionen in die sozial-ökologische Transformation. Dabei muss klar sein: Freiheit, Demokratie und Wohlstand für alle ist langfristig nur möglich in Frieden, Klimaneutralität und sozialer Gerechtigkeit.

Nicht nach unten treten, sondern Lasten fair verteilen

Doch statt über eine gerechte Finanzierung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zukunft zu sprechen, folgt täglich ein neuer Angriff auf diejenigen, die sowieso schon zu wenig haben. Beim perfiden politischen Spiel des Nach-unten-Tretens gegen Bürgergeldbeziehende, Geflüchtete, Auszubildende, Studierende und Alleinerziehende sollten wir GRÜNEN nicht mitmachen. Es ist ungerecht, wenn Multi-Millionäre nur die Hälfte der Steuern einer Facharbeiterin zahlen und wenn den reichsten 1 % ein Drittel des gesamten Privatvermögens in Deutschland gehört.

Deswegen nehmen wir GRÜNE die Superreichen in die Verantwortung und rücken die Alltagssorgen der Menschen in den Mittelpunkt.

- Investitionen statt Investitionsbremse

Die Schuldenbremse muss reformiert werden. Dazu soll die sogenannte ”Goldenen Regel” wieder eingeführt werden. Diese ermöglicht die Aufnahme von staatlichen Krediten in dem Umfang, wie vom Staat Investitionen getätigt werden. Darüber hinaus ist die Anpassung der Konjunkturkomponente insoweit erforderlich, dass in Krisenzeiten ein weitreichenderer Spielraum ermöglicht wird. Dem Staat soll generell ermöglicht werden, in Krisenzeiten zu intervenieren. Außerdem schlagen wir ein 400-Mrd. Euro-Investitionspaket für gute Infrastruktur vor. Investitionen in Krankenhäuser, bezahlbares Wohnen, Schulen, Kitas und unser Schienennetz haben für uns die höchste Priorität.

- Einführung eines deutlich entlastenden Klimagelds noch in dieser Legislaturperiode

Um soziale Schieflagen in der Klimapolitik durch höhere CO_2-Preise zu vermeiden, wollen wir die Erhöhung des CO_2-Preises an die Einführung eines Klimagelds koppeln. Wir brauchen höhere CO_2-Preise als effizientes Instrument für die Klimapolitik, doch beim sozialen Ausgleich für Menschen mit kleinen Einkommen müssen wir nachlegen. Nach österreichischem Vorbild sollte deshalb zunächst eine einfache Pro-Kopf- Pauschale im dreistelligen Bereich ausgezahlt werden. In den Folgejahren kann dann eine regionale und soziale Staffelung vorgenommen werden.

- Gute Löhne und starke Mitbestimmung

Wer arbeitet, muss davon leben und fürs Alter vorsorgen können. Lohngerechtigkeit ist die Grundlage für eine erfolgreiche Wirtschaft. Deshalb kämpfen wir für ein starkes Tariftreuegesetz, einen Mindestlohn von 16 Euro und die Kopplung von Fördermitteln an die Tarifbindung der Unternehmen.

- Bezahlbare Mieten

Bezahlbares Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Wir setzen uns für eine Verschärfung der Mietpreisbremse, ein 100 Mrd. Sondervermögen für sozialen Wohnungsbau, die Verlängerung der Sozialbindung von 15 auf 30 Jahre und eine Begrenzung der Renditeausschüttung der großen Wohnkonzerne durch einem Renditedeckel ein.

- Bund-Länder-Pakt „Mentale Gesundheit”

Wir schlagen einen Bund-Länder-Pakt für mentale Gesundheit vor. Alle Menschen, insbesondere Jüngere, sollen das Recht und die Möglichkeit haben, sich psychologisch beraten zu lassen. Therapieplätze, Beratungsstrukturen und die Ausbildung von Fachpersonal müssen finanziell gestärkt und stark ausgebaut werden.

- Wiedereinführung der Vermögensteuer

Seit der Aussetzung der Vermögensteuer im Jahr 1997 entgehen dem Staat jährlich über 30 Milliarden Euro. Länder wie die Schweiz machen vor, wie eine gerechte

und bürokratiearme Besteuerung großer privater Vermögen zum Wohle der Gesellschaft funktionieren kann. Deswegen fordern wir die Wiedereinführung der Steuer auf Privatvermögen oberhalb von zwei Millionen Euro pro Person mit einem jährlichen Steuersatz von mindestens 1 Prozent, wie es im GRÜNEN Bundestagswahlprogramm 2021 gefordert wurde. International unterstützen wir den von Brasilien eingebrachten Vorschlag einer globalen Mindeststeuer für Milliardäre und Zentimillionäre.

- Bevorzugung von Superreichen bei der Erbschaftsteuer beenden

Privilegien für Superreiche bei der Erbschaftssteuer sind mit über fünf Milliarden Euro pro Jahr die größte Steuersubvention im Bundeshaushalt. Heute werden große Erbschaften oft geringer besteuert als kleine. Das ändern wir GRÜNE durch die Abschaffung der Verschonungsregelungen und der 10-Jahres-Frist. Für mehr Steuergerechtigkeit müssen zudem eine einheitliche Stundungsregelung und ein erwerbsbezogener Lebensfreibetrag eingeführt sowie der effektive Steuersatz erhöht werden.

Bei der Besteuerung von Betriebsvermögen ist eine Abzahlung durch Übertragung von Betriebsanteilen auf den Staat mit lebenslangen Vorkaufs- und Rückkaufsrecht der Steuerpflichtigen bzw. der Erben eine denkbare Möglichkeit, die entwickelt werden sollte.

- Gewinne aus Kapitalvermögen wie Löhne besteuern

Derzeit werden Einkünfte aus Kapitalvermögen, im Gegensatz zu allen anderen Einkunftsarten, pauschal mit einem Steuersatz von 25 Prozent besteuert. Auch für Einkünfte aus Kapitalvermögen sollte der progressive Tarif der Einkommensteuer gelten.

- Effektive Bekämpfung von Steuerhinterziehung, sowie die Verhinderung von Steuerumgehung

Derzeit kämpfen die Strafverfolgungsbehörden im Bereich der Steuerkriminalität noch als David gegen Goliath. Deshalb verliert Deutschland schätzungsweise 100 Milliarden Euro pro Jahr. Damit die Strafverfolgungsbehörden endlich effektiv Steuerkriminalität entdecken und verfolgen können, müssen sie dringend besser ausgestattet werden, finanziell und administrativ. Außerdem ist es notwendig, die Kompetenzen bei einer bundesweiten Ermittlungsbehörde zu bündeln. Dazu sollte das Bundesamt für Finanzkriminalität auch für Steuerkriminalität zuständig sein. Die Milliarden Gewinne wie aus dem CumCum-Betrug holen wir konsequent von den Banken zurück, Umsatzsteuerbetrug durch manipulierte Kassen und grenzüberschreitende Karusselgeschäften lassen wir nicht mehr zu. Bei der Bestrafung von Steuerkriminalität lassen wir die Großen nicht laufen. Dass Strafen für Steuerbetrug häufig ausbleiben oder geringer sind als beim Fahren ohne Fahrschein, ist ein unhaltbarer Zustand.

Daneben gibt es in Deutschland viele legale Modelle, um die Besteuerung zu umgehen. Diese stehen zumeist nur privilegierten Gruppen offen und sind daher ungerecht. Wir wollen derartige Umgehungsmodelle durch gezielte Gesetzesänderungen verhindern.

- Funktionsfähige Kommunen: Altschuldenfonds für Kommunen

Unsere Kommunen brauchen Luft zum Atmen. Deshalb schlagen wir für hoch verschuldete Kommunen einen Altschuldenfonds vor, der den Kommunen die Perspektive gibt, finanzpolitisch handlungsfähig zu werden.

- Abbau aller klima- und umweltschädlichen Subventionen

Deutschland hat sich bereits 2009 auf internationaler Ebene verpflichtet, bis 2025 alle für die Senkung der Treibhausgasemissionen ineffizienten Subventionen auf fossile Energieträger abzubauen. Klimaschädliche Subventionen und weitere staatliche Begünstigungen in den Sektoren Energie, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft entsprachen mit Blick auf die Haushaltsmittel im Jahr 2020 insgesamt einem Volumen von rund 35,8 Mrd. Euro. Der größte Anteil der staatlichen Begünstigungen mit klimaschädlicher Wirkung entstand 2020 mit 24,8 Mrd. Euro im Verkehr. Eine besonders große Treibhausgaswirkung geht von den Besteuerungstatbeständen aus. In vielen Fällen profitieren in erster Linie hohe Einkommen von staatlicher Unterstützung durch klima- und umweltschädliche Subventionen und weiteren staatliche Begünstigungen. Der zügige Abbau dieser Maßnahmen hilft nicht nur Umwelt und Klima, sondern trägt auch zu mehr sozialer Gerechtigkeit bei.

Begründung

Erfolgt mündlich

weitere Antragsteller*innen

Maximilian Fries (KV Düsseldorf); Paul Rainer Pansky (KV Düsseldorf); Günther Bunte-Esders (KV Düsseldorf); Lukas Mielczarek (KV Düsseldorf); Diana Hein (KV Düsseldorf); Katrin Langensiepen (KV Hannover); Michael Bloss (KV Stuttgart); Lukas Sokolowski (KV Düsseldorf); Lukas Schirmer (KV Düsseldorf); Theda de Morais Dourado (KV Düsseldorf); Martha Schuldzinski (KV Düsseldorf); Franziska Drozdzynski (KV Düsseldorf); Ingelore Fohr (KV Düsseldorf); Lennart Brandt (KV Düsseldorf); Klaus Mewes (KV Düsseldorf); Jens Frantzen (KV Düsseldorf); Anja Dürselen (KV Düsseldorf); Pia Hölz (KV Düsseldorf); Michael Kleinhans (KV Düsseldorf); sowie 439 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.